

links | antirassistisch | progressiv

Der SPD-Unterbezirksparteitag Diepholz möge beschließen:

Im Europawahlprogramm der SPD setzen wir uns entsprechend des Konzepts der „solidarity cities“ – der solidarischen Städte – für einen europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds ein. Städte und Kommunen, die bereit sind, mehr Geflüchtete aufzunehmen als der Verteilungsschlüssel festlegt, sollen finanziell bei Integrationskosten und zusätzlich bei kommunalen Entwicklungskosten unterstützt werden. Das sind sinnvolle Ansätze, deren Umsetzung erfahrungsgemäß noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Der SPD-Unterbezirksparteitag Diepholz möge daher beschließen, dass sich der Unterbezirksvorstand bei den SPD-Ortsvereinen und Fraktionen **kurzfristig** dafür einsetzt, sich mit der Organisation SEEBRÜCKE solidarisch zu erklären und zum Sicheren Hafen für Geflüchtete zu werden. Überdies bitten wir darum, den Antrag an den Bezirksparteitag weiterzuleiten. Damit soll dafür Sorge getragen werden, dass sich auch in anderen Landkreisen - und darüber hinaus - für eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geratenen Menschen, zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden, bereit erklärt wird und alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

Gleichzeitig beantragen wir, dass sich die SPD im Landkreis Diepholz öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung als illegale Schlepperbanden ausspricht.

Begründung:

Als Jusos arbeiten wir seit knapp einem Jahr im landkreisweiten Bündnis „Wir sind mehr – Bündnis Diepholz“ mit. In vielen Gesprächen mit den Aktivist*innen der Seebrücke erfahren wir, wie schleppend es mit der Verteilung Geflüchteter voran geht und wie zivile Seenotretter*innen bei ihrer Arbeit behindert werden. Menschen, die vor Krieg, Terror, Unterdrückung oder allen anderen unmenschlichen Lebensbedingungen gezwungen sind zu fliehen, muss geholfen werden. Es ist gut, dass die SPD diese Problematik erkannt hat und mehrere Konzepte zur Bewältigung vorschlägt. Denn ein gelebtes Europa zeichnet sich insbesondere durch gelebte Solidarität mit den Mitgliedsstaaten und den Menschen aus.

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass geflohene Menschen einen Ort finden, an dem sie in Würde und Rechtsstaatlichkeit leben können. Damit leisten Städte und Gemeinden einen kommunalen Beitrag zur Verbesserung der derzeitigen Lage: Die Abschottungspolitik der EU und die langsame Umsetzung bei der gerechten Verteilung verhindern das Sterbenlassen im Mittelmeer nicht, die DUBLIN-III-Verordnung zeigte sich im Zuge der Vielzahl der ankommenden Menschen als unpraktikabel. Wo europäische Zusammenarbeit auch angesichts immer stärkerer werdender extrem rechter Kräfte versagt, muss kommunale Politik tätig werden. Seit Monaten lässt sich die Blockadehaltung unsolidarischer Mitgliedsstaaten beobachten.

Neben dem Ringen um europäische Lösungen, darf deshalb nicht Halt vor kommunalen Lösungen gemacht werden. Die Bekämpfung von Fluchtursachen bleibt damit oberstes Gebot, entbindet aber nicht von der humanitären Verpflichtung, schnell und unbürokratisch das Leben vieler Geflüchteter im Mittelmeer zu verbessern. Jede Lösung ist besser als keine.

Bislang haben sich 47 Sichere Häfen in Deutschland gefunden. Als erste Gemeinde in Deutschland schloss sich Thedinghausen aus dem Nachbarlandkreis Verden der Erklärung an. Mit breiter Mehrheit und ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen stimmte der Rat für das Projekt. In Weyhe hat die SPD-Fraktion bereits einen solchen Antrag gestellt. Wir bitten darum, es der Weyher SPD-Fraktion gleich zu tun und sich Verbündete aus den Reihen anderer Parteien und der Gewerkschaften für eine breite Mehrheit zu suchen.